Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz: Monatsschrift des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 10 (1918)

Heft: 7

Inhaltsverzeichnis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gewerkschaftliche Rundschau

ของของของของ für die Schweiz ของของของของของ

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr. Für das Ausland Portozuschlag Postabonnement 20 Cts. mehr

o Druck und Administration: o Unions druckerei Bern oooo Kapellenstrasse 6 0000

INHALT: Seite	
 Postulate zur Uebergangswirtsehaft	4. Aus schweizerischen Verbänden

Postulate zur Uebergangswirtschaft.

Anlässlich der letzten Sitzung des Gewerkschaftsausschusses wurde zur Aufstellung der Postulate der Gewerkschaften für die Uebergangswirtschaft eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die vorliegenden Anträge zu beraten und zu formulieren. Die Kommission, der Vertreter der meisten Verbände angehörten, entledigte sich ihrer Aufgabe an einer Sitzung vom 11. Juni. Sie kam zu den folgenden Ergebnissen, deren Besprechung in den Kreisen der Arbeiterschaft sehr erwwünscht ist:

Die Konferenz der Vertreter der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verlangt, dass der Bundesrat Vorkehrungen trifft, um die Ueberleitung der Kriegsin die Friedenswirtschaft möglichst reibungslos zu gestalten.

Zu diesem Zweck wird dem Bundesrat die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Vertretern des Bundes, der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen beantragt, die beauftragt ist, die Frage der Uebergangswirtschaft zu prüfen, Anträge der Interessenten entgegenzunehmen und dem Bundesrat Bericht und Antrag zu stellen.

Die Konferenz lässt sich von folgenden Erwägungen leiten:

1. Arbeitslosigkeit.

Der Eintritt einer grossen Arbeitslosenkrise wird nicht zu verhindern sein. Möglicherweise kommt sie nicht erst bei Kriegsende, sondern dann, wenn unserer Industrie die Zufuhr von Rohstoffen unterbunden wird.

Die Arbeitslosigkeit soll durch Verkürzung der Arbeitszeit, angemessene Unterstützung der Arbeitslosen, Ueberleitung von Arbeitslosen, die vor dem Krieg in andern Berufen beschäftigt waren, in diese zurück, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch Staat und Gemeinde, die unverzüglich vorbereitet werden muss, straffere Zentralisation der paritätischen Arbeitsvermittlung bekämpft werden.

Die Krise kann möglicherweise bei Kriegsende durch den Zuzug von landesfremden Arbeitern, die im Kriegsdienste standen, und durch die Demobilisierung der schweizerischen Armee, verschärft werden.

Es ist Pflicht des Staates, Vorsorge zu treffen, dass nicht die Arbeitslosigkeit durch ein Massenangebot von fremden Arbeitskräften vermehrt und der Notstand vergrössert wird. Der Ueberschwemmung des Arbeitsmarktes mit fremden Arbeitskräften muss in ähnlicher Weise entgegengesteuert werden, wie es heute bei der Beschäftigung der Kriegsinternierten geschieht. Solange einheimische, das heisst solche Arbeiter, die während der Kriegszeit im Lande beschäftigt waren, arbeitslos sind, dürfen zugewanderte Arbeiter der gleichen Branche nicht beschäftigt werden.

In vielen Industriezweigen hat während des Krieges eine starke Zuwanderung von Arbeitern, in andern eine Abwanderung stattgefunden, je nachdem ob die Industrie für die Kriegsindustrie oder für eine durch die Kriegswirtschaft begünstigte Industrie arbeitete oder nicht.

Im Interesse der Volkswirtschaft ist es gegeben, dass hier wieder ein Ausgleich stattfindet, soweit das überhaupt möglich ist. Da die für die Kriegswirtschaft tätigen Betriebe zuerst und womöglich am stärksten von der Krise betroffen werden, muss die Umleitung der Arbeiter in die